

STANDPUNKT

**focus 7/13**  
November

## Integration als kommunale Aufgabe



**Prof. Dr. Peter Uebersax**  
Titularprofessor für öffentliches  
Recht und öffentliches  
Prozessrecht an der Universität  
Basel.

Integration ist in aller Munde. Weitgehend besteht heute Einigkeit, dass sich ausländische Personen, die in der Schweiz leben, hier integrieren sollen. Dies ist nicht nur Voraussetzung für die Erteilung des Schweizer Bürgerrechts, sondern kommt auch im Ausländergesetz zum Ausdruck. Danach können die Bemühungen zur Integration bei Bewilligungsentscheiden (Aufenthalt, Niederlassung) berücksichtigt werden.

Die Anforderungen an die Integration bei der Einbürgerung sowie für ausländerrechtliche Bewilligungen sollen nunmehr im Gesetz neu gefasst und weiter erhöht werden. Das betrifft nicht zuletzt die Gemeindebehörden. Teilweise werden diese zu beurteilen haben, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, wie das schon heute bei der ordentlichen Einbürgerung zutrifft. Dabei stellt sich die Frage, was genau unter Integration zu verstehen ist. Sollen eine eigentliche Assimilation (Übernahme der hiesigen unter Aufgabe der bisherigen Kultur), eine Akkulturation (kulturelle Anpassung mit Möglichkeit des Kulturmixes) oder bloss geordnete Lebensverhältnisse ohne Fehlverhalten (und ohne Anpassungsdruck) verlangt werden? Dazu besteht kaum Einigkeit. Hingegen ist weitgehend erhärtet, dass Sprachkenntnisse zwar als Schlüssel zur Integration gelten, eine

solche für sich allein aber noch nicht belegen. Vielmehr geht es um eine Gesamtwürdigung der Beziehungen einer Person zum hiesigen Umfeld.

Offen ist derzeit, ob das Gesetz strikte Vorgaben machen oder doch Ermessensspielräume belassen wird. So oder so ist Integration aber nicht eine Einbahnstrasse. Es braucht auch Bemühungen der aufnehmenden Gesellschaft. Darauf verweist das Ausländergesetz, wenn es die erforderliche gegenseitige Achtung und Toleranz sowie die nötige Offenheit der schweizerischen Bevölkerung anruft und vom Bund, den Kantonen, Städten und Gemeinden entsprechende Anstrengungen verlangt.

Beruhend auf dem Grundsatz vom «Fördern und Fordern» sollen diese Anforderungen an das Gemeinwesen gesetzlich weiter konkretisiert und ausgebaut werden. Im Vordergrund stehen dabei die Regelstrukturen wie die Schulen, die Arbeitswelt und das Gesundheitswesen. Spezifische Förderungsmassnahmen sollen Lücken ausserhalb der Regelstrukturen schliessen. Es ist offensichtlich, dass die Städte und Gemeinden hier gefordert sein werden. Das gilt zwar im ländlichen wie auch im urbanen Bereich, die Städte mit ihren in der Regel höheren Ausländerquoten werden besonders betroffen sein. Dieser wachsenden Herausforderung werden sich die Städte und Gemeinden, zusammen mit den Kantonen und dem Bund, zu stellen haben.

### Liebe Leserin, lieber Leser

Die Städte und urbanen Gemeinden unseres Landes spielen in der Integrationspolitik eine wichtige Rolle und verfügen in diesem Gebiet über eine breite Erfahrung.

Die Vorlage zum neuen Integrationsgesetz, die sich derzeit in der parlamentarischen Beratung befindet, wird wichtige Neuerungen bringen, welche die Städte unterstützen. So zum Beispiel die Absicht, die Integrationsförderung von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden an den gleichen Grundsätzen auszurichten. Im Weiteren begrüsst es der Schweizerische Städteverband, dass das Gesetz bei der konkreten Ausgestaltung Spielraum für lokal adaptierte Lösungen zulässt.

Die aktuelle Ausgabe des «focus» möchte Ihnen dieses Thema und die Rolle, die die Städte dabei spielen, näher bringen.

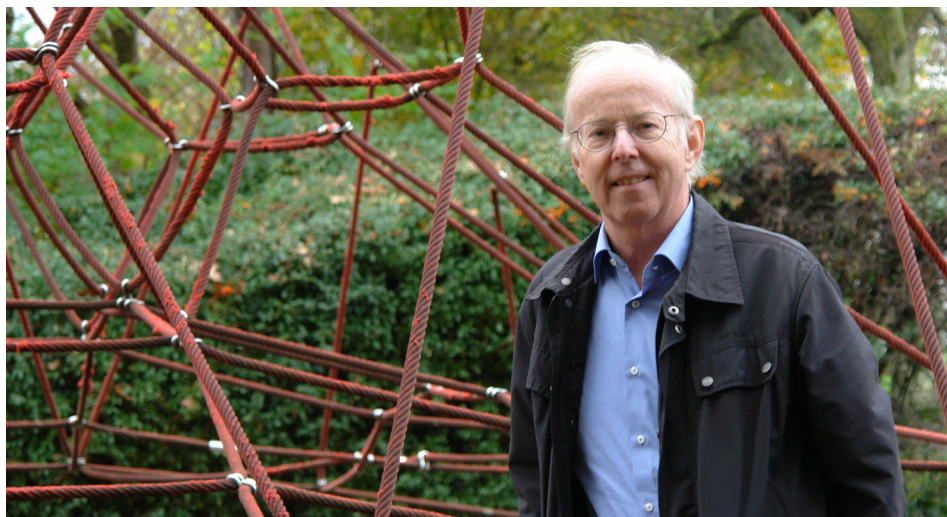
Ihre focus-Redaktion

### Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

## INTERVIEW

## «Integration ist eine Querschnittaufgabe»


**Toni Brühlmann-Jecklin**  
**Stadtpräsident von**  
**Schlieren**

Toni Brühlmann-Jecklin (66), Mitglied der SP, wurde 2010 zum Stadtpräsidenten von Schlieren gewählt. Seine kommunalpolitische Karriere startete er in der damaligen Vormundschaftsbehörde, politisierte dann während einer Amtsperiode im Parlament, bevor er 2002 in den Stadtrat gewählt wurde und das Ressort Finanzen und Liegenschaften übernahm. Er arbeitet als Psychotherapeut in einer Gemeinschaftspraxis in Schlieren, ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern.

**Schlieren ist als Wohnort sehr gefragt. Was macht diese Attraktivität aus?**

Die Stadt bietet allen etwas, vom Single über die Familie bis zu den Senioren: dem jungen, urban ausgerichteten Publikum gefallen die neuen, modernen Wohnquartiere. Viele schätzen die attraktiven Naherholungsgebiete auf dem Schlierenberg und an der Limmat. Die Stadtbibliothek, das neu sanierte Freibad, Freizeitanlagen im Stadtpark und viele weitere Einrichtungen tragen zur hohen Lebensqualität bei. Das vielseitige Kulturangebot, die hervorragende Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und natürlich die Nähe zu Zürich zählen zu den weiteren Pluspunkten Schlierens.

**Ihre Gemeinde hat einen sehr hohen Anteil ausländischer Bevölkerung. Wie geht die Gemeinde damit um?**

Schlieren hat als ehemaliger Industriestandort seit jeher einen hohen Ausländeranteil. Wir gehen deshalb ganz sachlich und lösungsorientiert damit um. Etliche Integrationsmassnahmen sind schon vor langer Zeit ergriffen worden, zum Beispiel in der Schule. Wir weisen aber immer wieder darauf hin, dass nur ein kleiner Teil unserer ausländischen Bevölkerung wirklich Probleme bereitet. Im Grunde sind wir stolz darauf, wie gut das Zusammenleben der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen bei uns funktioniert.

**Wie unterscheidet sich die Integrationspolitik einer Agglomerationsgemeinde wie Schlieren von der einer grossen Stadt wie Zürich?**

Wir können und müssen nicht alles selber machen. Deshalb arbeiten wir sehr eng mit der AOZ zusammen, der zürcherischen Fachorganisation zur Förderung sozialer und beruflicher Integration. So profitieren wir von der Professionalität und Erfahrung der Spezialisten auf diesem Gebiet. Wichtig ist aber, dass die Integrationsmassnahmen auf die individuellen, lokalen Situationen und Bedürfnisse zugeschnitten werden. Es gibt deshalb kaum ein Angebot, das in beiden Städten genau gleich ist.

**Welche Angebote zur Integration bestehen heute in Ihrer Gemeinde?**

Die integrationsfördernden Massnahmen der Stadt Schlieren basieren in Anlehnung an die Vorgaben von Bund und Kanton auf den drei Säulen Information, Bildung und Vernetzung. Seit drei Jahren führen wir anfänglich zwei Mal, ab jetzt jährlich ein Mal die «Tour der offenen Türen» für Neuzuzüger durch, die direkt aus dem Ausland zugezogen sind. An einem halben Tag werden sie zu den wichtigsten öffentlichen Einrichtungen geführt und in sieben Sprachen über deren Aufgaben und Funktionen informiert. Im Werkhof wird zum Beispiel der sorgfältige Umgang mit Abfall (Recycling, Abfalltrennung nach Wertstoffen) vermittelt. Im Bereich Bildung setzt die Stadt Schlieren auf niederschwellige Deutschkurse.

**Mit finanzieller Unterstützung des Kantons Zürich sind neue Massnahmen geplant. In welche Richtung zielen diese?**

Unter anderem sollen die Deutschkurse durch Konversationsangebote erweitert wer-

den. Während Kinder und Jugendliche im Angebot «Mitten unter uns» Gelegenheit haben, freiwillige Gastgeber oder einen Sprachtreff wöchentlich zu besuchen, fehlt bis heute ein entsprechendes Angebot für Erwachsene. Mit dem Infopoint, welcher wöchentlich im Stadtbüro angeboten wird, soll die Erstinformation in verschiedenen Sprachen verbessert werden.

**Wer ist in der Stadtverwaltung für Integrationsaufgaben zuständig?**

Integration ist eine Querschnittaufgabe. Nicht nur verschiedene Abteilungen der Stadtverwaltung leisten Integrationsarbeit, auch das Schweizerische Rote Kreuz, das Familienzentrum, die Kirchen und das Spital Limmattal engagieren sich in diesem Bereich. Um die verschiedenen Projekte weiterzuführen, aufzugleisen und zu vernetzen, braucht es mehr personelle Ressourcen. Die Stadt Schlieren hat deshalb das Pensum des Leiters der Fachstelle Jugend – der ohnehin sehr nah am Thema ist – um 25 Stellenprozente erhöht.

**Wo sehen Sie Schlieren in 20 Jahren?**

Viele der heutigen Migrantinnen und Migranten kommen aus Deutschland, Nachbarländern der Schweiz oder dem englischsprachigen Raum und sind sehr gut ausgebildet. Sie tragen immer mehr zu unserem Wohlstand bei, zahlen Steuern, sind willkommene Konsumenten und gehören ganz selbstverständlich und im Gleichschritt der Globalisierung zu unserem Alltag. Die Integrationsarbeit wird wohl nie überflüssig werden, sondern laufend an neue Entwicklungen anzupassen sein.

## THEMA

# Die Integrationspolitik trägt die Handschrift der Städte

**Heute leben 20 Prozent der ausländischen Bevölkerung unseres Landes in den fünf grössten Städten. Und wie bereits in den vergangenen zehn Jahren wird sich das Bevölkerungswachstum aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Attraktivität der urbanen Zentren weiterhin in den Agglomerationen konzentrieren.**



**Gabriela Amarelle**

Integrationsdelegierte der Stadt Lausanne, ehem. stv. Leiterin der Eidg. Fachstelle für Rassismusbekämpfung

Ein wichtiger Schritt bei der Ausgestaltung der Integrationspolitik von morgen besteht darin, sowohl die demografischen Herausforderungen wie auch den historischen Kontext zu berücksichtigen. Dass die Städte seit über 40 Jahren eine proaktive Integrationspolitik betreiben, ist nicht zuletzt auf zwei Kernelemente zurückzuführen: auf die Möglichkeit, eine bürgernahe Politik zu betreiben und die, eine partizipative Demokratie zu fördern.

Die aktuelle Debatte über die Revision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration ist die Fortsetzung eines langen Prozesses, an welchem die Städte aktiv mitgewirkt haben. Die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK), einzige Schweizer Instanz, die alle drei Staatsebenen vertritt, hat dabei eine zentrale Rolle gespielt. Die Schweizer Städte begrüssen die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage und legen grossen Wert darauf, dass die künftige Integrationspolitik vermehrt auch Empfehlungen und Erfahrungen aus der Praxis berücksichtigt. Ein kleiner Überblick über die sich stellenden Herausforderungen.

## Eine Gemeinschaftsaufgabe

Städte, Gemeinden, Kantone und Bund sind sich einig: Integration ist ein gegenseitiger Prozess, der alle Bewohner unseres Landes betrifft, unabhängig von deren Herkunft oder sozioökonomischem Status; und auch unabhängig davon, ob sie seit Generationen hier leben oder von weit her kommen. Um griffige Massnahmen entwickeln zu können, braucht es also Rechte und Pflichten – so-

wohl für die Neuankömmlinge wie auch für die aufnehmende Gesellschaft.

Der Städteverband setzt sich dafür ein, dass der Aspekt der Gegenseitigkeit im Gesetz noch besser zum Ausdruck kommt, und zwar indem die Rolle der aufnehmenden Gesellschaft explizit erwähnt wird.

## Ziel: Qualitätsvolle Leistungen

Die Rechte und Pflichten müssen in gegenseitigem Gleichgewicht stehen. Daher ist es heikel, die Integration als Kriterium für die Länge der Aufenthaltsbewilligung zu verwenden, wie das Gesetz dies vorsieht. Dies könnte zu diskriminierenden Praktiken verleiten.

**«Integration ist ein gegenseitiger Prozess, der alle Bewohner unseres Landes betrifft.»**

Die systematische Überprüfung der Integration bei Ausstellung oder Verlängerung der Bewilligungen ist unverhältnismässig, zieht sie doch einen bedeutenden administrativen Mehraufwand nach sich, ohne dabei wirklich integrativ zu wirken. Die Möglichkeit, Integrationsvereinbarungen abzuschliessen, enthält dieselben Tücken. Deswegen ist sie vernünftigerweise zu beschränken.

Aufbauend auf ihre langjährige Erfahrung setzen Städte auf qualitative Leistungen, die nicht nur die Neuankömmlinge bei der Integration unterstützen, sondern auch Personen, die bereits länger in der Schweiz leben. Die Integration ist etwas sehr Individuelles, das auch stark von Faktoren wie Bildungsniveau, soziales Umfeld und persönliche Verhältnisse abhängt. Der pragmatische Weg setzt also auf qualitative Leistungen, die die individuelle Ausgangslage jedes Einzelnen berücksichtigt.

## Welche Rolle kommt den Städten zu?

Integration findet in allererster Linie auf der lokalen Ebene, im Alltag statt. Dank der Nähe zu den Bewohnern haben die Städte in diesem Bereich Pionierleistungen erbracht. Die Gesetzesvorlage trägt dieser Vorreiterrolle von Städten und Gemeinden Rechnung, auch den damit verbundenen zusätzlichen Ausgaben. Die grosse integrative Leistung, die die urbanen Zentren oft für die ganze Region erbringen, sollte daher, auch finanziell, angemessen abgegolten werden.

In Zeiten starker Zuwanderung, in welchen der Bedarf an Sprachkursen, Beratungsangeboten, Unterstützung bei der beruflichen Integration sowie an Information der Erstankömmlinge spürbar ansteigt, ist eine gerechte Verteilung der Ressourcen umso wichtiger.

Die Integrationspolitik sollte, im Interesse der gesamten Bevölkerung, tripartit – also unter Einbezug der Städte geplant und umgesetzt werden. Das neue Gesetz muss folglich die aktive und regelmässige Mitwirkung der Städte und Gemeinden gewährleisten. Schliesslich beruht das Schweizer Politsystem auf einem subtilen Gleichgewicht, das nur bestehen kann, wenn jeder Partner seinen Teil der Verantwortung wahrnimmt. Die Rolle des Moderators zwischen den drei Staatsebenen kommt dabei dem Bund zu. Um diese Rolle bestmöglich wahrnehmen zu können, sollte der Bund den direkten Austausch mit den grossen Schweizer Städten pflegen.

**«Integration findet in allererster Linie auf der lokalen Ebene, im Alltag statt.»**

Gestern wie heute stellt der Einbezug der kommunalen Ebene einen sicheren Wert dar, wenn es darum geht, eine umfassende Schweizer Integrationspolitik auszugestalten. Wie stellen wir uns diese vor? So nah wie möglich an den Bedürfnissen der Bevölkerung, ohne aufhetzende Wirkung und in Einklang mit den in unserer Verfassung fest verankerten Grundrechten.

## POLITIK

## Vorschau auf die Wintersession

Auf der Traktandenliste der Wintersession stehen verschiedene sozial- und verkehrspolitische Vorlagen im Fokus des Interesses von Städten und Agglomerationen.

### Rehabilitierung administrativ Versorgter

Der Nationalrat behandelt eine parlamentarische Initiative von Ständerat Paul Rechsteiner (SP/SG), die administrativ versorgte Menschen rehabilitieren will. Erste Schritte dazu haben stattgefunden, etwa mit dem Gedenk Anlass für die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen, der am 13. April 2013 stattfand. Der Städteverband begrüsst die Initiative, die unter anderem auch den Aktenzugang für Betroffene gewährleisten will.

### Sparprogramm zurück im Nationalrat

Mit dem Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket schlägt der Bundesrat verschiedene Sparmassnahmen vor, unter anderem Einschnitte bei der Agglomerations- und Verkehrspolitik. Der Nationalrat wollte die Vorlage an den Bundesrat zurückweisen, der Ständerat lehnte dies ab. Nun befasst sich die Grosse Kammer erneut mit dem Geschäft.

### Gewässerschutz gerecht finanzieren

Im Frühling 2011 überwies der Nationalrat eine Motion, welche den Bundesrat beauftragte, eine verursachergerechte Finanzierung für die Elimination von Spurenstoffen im Abwasser auszuarbeiten. Die Lösung, welche der Bundesrat zuvor vorgeschlagen hatte, hätte die entstehenden Kosten voll auf Kantone, Städte und Gemeinden abgewälzt, wogegen sich der Städteverband entschieden zur Wehr setzte. Mittlerweile ist der Bundesrat über die Bücher gegangen und hat eine gesamtschweizerische Finanzierungslösung vorgelegt. Die Vorlage kommt nun in die kleine Kammer.

### Erfolgreiche Integration fördern

Der Bundesrat will mit einer Änderung des Ausländergesetzes Vorgaben zur Integrationspolitik machen. So sollen etwa Bund und Kantone künftig unter Einbezug der Gemeinden Integrationsprogramme entwickeln und gemeinsam finanzieren. Die zuständige Kommission des Ständerats ist dem Bundesrat weitgehend gefolgt. Sie will aber die Erteilung einer Niederlassungsbewilligung flexibler gestalten. Jetzt ist der Ständerat an der Reihe.

### Erfahrungen mit Artikel 50 BV

Die neue Bundesverfassung enthält mit Artikel 50 einen «Städte- und Gemeindeartikel», welcher dem Bund u.a. vorschreibt, dass er Rücksicht auf die besondere Situation von Städten und Agglomerationen nehmen muss. In der Herbstsession haben die Präsidenten der beiden Kommunalverbände, Nationalrat Kurt Fluri (FDP/SO) und Ständerat Hannes Germann (SVP/SH) in ihren Räten ein gleichlautendes Postulat eingereicht, das vom Bundesrat einen Bericht über die Wirkung des Artikels verlangt. Nun steht das Postulat im Ständerat auf der Traktandenliste.

### Ausbau der Zulaufstrecken zum Gotthard

Der Bundesrat will den Gotthard-Schielenkorridor bis 2020 auf vier Meter Eckhöhe ausbauen, damit Güterwagen mit den üblichen Sattelauflegern passieren können – ein wichtiger Beitrag zur Verlagerungspolitik. Der Ständerat hat die Mittel für den Ausbau um 50 auf 990 Millionen aufgestockt. Er will zusätzliche Ausbauten auf der italienischen Seite der Lötschberg-Simplon-Achse finanzieren. Die Verkehrskommission des Nationalrats ist einverstanden, nun kommt die Vorlage ins Plenum.

## Vernehmlassungen

### 1,56 Mia für den Agglomerationsverkehr

Mit der zweiten Generation der Agglomerationsprogramme sollen 1,56 Milliarden Franken an Bundesmitteln in den Agglomerationsverkehr fliessen. Der Städteverband begrüsst die entsprechende Vorlage. Dank der strengen Prüfkriterien, denen die Agglomerationsprogramme unterliegen, werden die Bundesmittel sinnvoll und am richtigen Ort eingesetzt. Zu kritisieren ist allerdings, dass mit der Vorlage wirksame Projekte aufgrund fehlender Mittel auf die lange Bank geschoben werden. Angesichts der prekären Verkehrslage in vielen Agglomerationen ist es äusserst wichtig, dass die Projekte ausschliesslich nach sachlichen Kriterien ausgewählt werden. Zudem zeichnet sich bereits ein Finanzierungsengpass bei der ebenfalls dringend nötigen dritten Generation der Agglomerationsprogramme ab. Hier fordert der Städteverband eine dauerhafte Lösung.

### Bundesgesetz über Zweitwohnungen

Der Städteverband hat erfreut zur Kenntnis genommen, dass zahlreiche städtische Anliegen ins Bundesgesetz über Zweitwohnungen aufgenommen wurden. So erfüllt Art. 2 Abs. 3 Bst. a. eine prioritäre Forderung der Städte und urbanen Gemeinden: Wohnungen, die zu Erwerbs- oder Ausbildungszwecken dauernd bewohnt werden, sind den Erstwohnungen gleichgestellt. Für den Städteverband ist im Weiteren zwingend, dass für die im Gesetz verankerte jährliche Erhebungspflicht des Erstwohnungsanteilplans eine einfache, unbürokratische statistische Erhebungsmethode gewählt wird.

### Neustrukturierung im Asylbereich positiv

Der Bundesrat will das Asylwesen neu strukturieren. Damit sollen Asylverfahren in der Schweiz beschleunigt werden. Die Städte unterstützen dieses Ziel. Eine schnelle Klärung der Situation liegt im Interesse der

Asylsuchenden und erhöht die Akzeptanz der Asylpolitik bei der Bevölkerung. Der Städteverband begrüsst die Schaffung von Bundeszentren, in denen Asylsuchende während der Prüfung ihrer Gesuche untergebracht sind. Ebenso erachtet er es als wichtig, dass im Gegenzug zu den beschleunigten Verfahren der Rechtsschutz für Asylsuchende sichergestellt ist. Der Städteverband fordert, dass die Leistungen von Städten und Gemeinden anerkannt und umfassend abgegolten werden. Schliesslich wird verlangt, dass bei Plangenehmigungsverfahren für Asylunterkünfte auf die spezifische Situation der Standortgemeinde geachtet wird, die massgebenden kommunalen Rechtsnormen respektiert und Standortgemeinden frühzeitig über geplante Projekte informiert werden.

[www.staedteverband.ch/  
Politik/Vernehmlassungen](http://www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen)

## AKTUELL

## Städteverband im Fokus

## Baukasten für preisgünstigen Wohnraum



Der Anstieg von Miet- und Wohnungspreisen steht in manchen Städten, Agglomerations- und Tourismusgemeinden ganz oben auf der Agenda. Das Bundesamt für Wohnungswesen BWO bietet diesen Städten und Gemeinden nun einen «Baukasten» an, der ihnen zeigt, wie sie preisgünstigen Wohnraum fördern können.

Der Baukasten, dessen Ausarbeitung eng durch den Städteverband begleitet wurde, enthält zehn verschiedene Bausteine – von Darlehen an Genossenschaften bis zu raumplanerischen Massnahmen. Interessierte Städte und Gemeinden können sich daraus bedienen. Fünf anschauliche Beispiele (Nyon, Küsnacht, Ftan, Meggen und Rüslikon) zeigen zudem, warum es sich für Städte und Gemeinden in unterschiedlichen Regionen der Schweiz gelohnt hat, preisgünstigen Wohnraum zu fördern. Der Baukasten erscheint Ende November 2013 und wird auf den Webseiten des BWO sowie des Städteverbandes zum Download zur Verfügung stehen.

[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

## Herbstkonferenz der SI Sozialpolitik



An ihrer Herbstkonferenz am 8. November 2013 in Genf gingen die Mitglieder der Städteinitiative Sozialpolitik der Frage nach, wie Städte mit den Bedürfnissen ihrer jüngsten Bewohner umgehen – dies angesichts anderer gesellschaftlicher Brennpunkte wie Mobilität, Verdichtung und Normierung. Die Tagung wollte einen Anstoss zur Diskussion und zum Austausch der Erfahrungen geben, denn allzu rasch treten die Ansprüche der Jüngsten gegenüber stärker gewichteten Prioritäten im politischen und verwaltungstechnischen Alltag in den Hintergrund.

Zudem wählte die Mitgliederversammlung Nicolas Galladé zum neuen Präsidenten der Städteinitiative Sozialpolitik. Nicolas Galladé steht seit Mai 2010 dem Departement Soziales der Stadt Winterthur vor und folgt auf den Zürcher Sozialvorsteher Martin Waser, der das Präsidium seit Juli 2010 wahrgenommen hatte.

[www.staedteinitiative.ch](http://www.staedteinitiative.ch)

## Tagung über Behördenkommunikation



Am 8. November führten die Schweizerische Konferenz der Stadt- und Gemeindefreiber, der Schweizerische Gemeindeverband und der Schweizerische Städteverband in Olten die Fachtagung «Information ist alles – wie Städte und Gemeinden kommunizieren» durch.

Wie verändern sich die Medien und die Mediennutzung? Was unterscheidet die Behörden- von der Unternehmenskommunikation? Welche Erwartungen haben Verleger und Chefredaktoren gegenüber Städten und Gemeinden? Diese Fragen standen im ersten Tagungsteil im Zentrum. In drei Ateliers wurden anschliessend verschiedene Aspekte vertieft: die Erarbeitung eines Kommunikationskonzeptes, die Rolle einer Gemeinde als Medienunternehmerin und die Kommunikation im Umfeld von Volksabstimmungen.

In seinem Schlusswort sprach SRG-Generaldirektor Roger de Weck den regionalen Printmedien gute Zukunftschancen zu, da sich die Bevölkerung besser mit deren Inhalten identifizieren könne. Die Tagungsunterlagen können auf der Webseite des Städteverbandes heruntergeladen werden.

[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

## Zweiter TAK-Integrationsdialog lanciert



Nach dem ersten Dialog «Integration am Arbeitsplatz» lautet das Motto des zweiten Integrationsdialogs der tripartiten Agglomerationskonferenz TAK «Aufwachsen – Gesund ins Leben starten».

Dieser wird Ende November 2013 von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden sowie Berufsverbänden von medizinischen (Hebammen, Hausärzte etc.) und familienunterstützenden (u.a. Elternberatungen) Fachleuten lanciert.

Die fachliche Betreuung von Eltern und Kindern während der Schwangerschaft und nach der Geburt trägt viel dazu bei, dass sich Kinder körperlich, geistig und sozial gut entwickeln können. Mit dem Dialog soll erreicht werden, dass möglichst alle Eltern und Kinder in der Schweiz das vorhandene Angebot nutzen.

[www.dialog-integration.ch](http://www.dialog-integration.ch)

## Kurzmeldungen

## Projektaufruf Modellvorhaben

Der Bund will Innovation und Pioniergeist in der Raumentwicklung weiter fördern. Dafür unterstützt er ab nächstem Jahr erneut Modellvorhaben, mit denen Städte, Gemeinden, Agglomerationen, Regionen und Kantone innovative Ansätze nachhaltiger Raumentwicklung erproben können. Bis zum 28. Februar 2014 können Projektvorschläge beim Bundesamt für Raumentwicklung eingereicht werden.

[www.are.admin.ch](http://www.are.admin.ch)

## «Coop Gemeinde Duell von schweiz. bewegt» 2014 – jetzt anmelden!

Mit dem Ziel nachhaltig für mehr Sport und Bewegung in der gesamten Bevölkerung zu sorgen, organisiert das Förderprogramm «schweiz. bewegt» jeweils Anfang Mai das «Coop Gemeinde Duell». Dabei können sich zwei oder mehrere Gemeinden aus der ganzen Schweiz gegenseitig herausfordern und ein freundschaftliches Duell lancieren. Die Gemeinde, welche am Schluss am meisten Bewegungsminuten gesammelt hat, gewinnt das Duell. Dabei wird bewusst die Bewegungszeit und nicht die Leistungskilometer der Teilnehmenden gemessen – so können Jung und Alt ohne Leistungsdruck uneingeschränkt mitmachen. Interessierte Städte und Gemeinden können sich noch bis zum 15. Dezember 2013 anmelden.

[www.schweizbewegt.ch](http://www.schweizbewegt.ch)

## Bellinzona als «Engagierte Gemeinde 2013» ausgezeichnet

Mit diesem Preis würdigt die Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu Städte und Gemeinden, die sich mit besonderen Leistungen für die Sicherheit der Bevölkerung einsetzen. Diesjährige Preisträgerin ist die Stadt Bellinzona. Mit einem Projekt zur Verbesserung der Sicherheit auf dem Schulweg hat der Tessiner Hauptort die Jury überzeugt. Der Förderpreis steht unter dem Patronat des Schweizerischen Städteverbandes sowie des Schweizerischen Gemeindeverbandes und ist mit 15 000 Franken dotiert.

[www.bfu.ch](http://www.bfu.ch)

# Agenda

## Schweizerischer Städteverband SSV

- 26. Juni 2014**      **Städtische Energie-Tagung** in Solothurn  
Information: Martin Tschirren, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 28./29. August 2014**      **Städtetag 2014** in der «Glattalstadt» (zum Vormerken)  
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

## Organisation Kommunale Infrastruktur

- 16. Januar 2014**      **Recyclingkongress Gemeinden 2014** in Solothurn (Co-Veranstaltung OKI / Swiss Recycling)  
Information: Telefon 044 342 20 00, info@swissrecycling.ch

## Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 2. Dezember 2013**      **«Der Parkplatz: Grundrecht oder Störfaktor?» – Fachanlass der Städtekonferenz Mobilität** in Biel  
Information: Roman Widmer, Telefon 031 356 32 32, roman.widmer@skm-cvm.ch
- 27. März 2014**      **Delegiertenkonferenz der Städtekonferenz Kultur** in Bern  
Information: Jürg Kobel, Telefon 033 225 84 35, info@skk-cvc.ch
- 15./16. Mai 2014**      **97. Generalversammlung der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD)**  
Information: Andrea Bucher, Telefon 044 411 70 26, andrea.bucher@zuerich.ch

## Weitere Organisationen

- 27. November 2013**      **14. asut-Kolloquium: «ICT als Schlüsselfaktor für intelligente Netze»** in Bern (Patronat SSV)  
Information: www.asut.ch/veranstaltungen/kolloquium, Telefon 031 560 66 66
- 31. Januar 2014**      **eGovernment – Event für Anbieter von Behördenlösungen** in Bern (Patronat SSV)  
Information: www.egovernment.ch/eservices, Telefon 031 324 79 21
- 4./5. März 2014**      **Swiss eGovernment Forum** in Bern (Patronat SSV)  
Information: www.infosocietydays.ch, Telefon 031 350 40 50
- 7./8. Mai 2014**      **2. World Collaborative Mobility Congress** in Bern (Patronat SSV)  
Information: www.wocomoco.ch, Telefon 058 827 34 15, info@wocomoco.ch

### Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband (SSV), Monbijoustrasse 8, Postfach 8175, 3001 Bern  
Redaktion: Renate Amstutz, Sigrid Feller, Ariane Gigon (Übersetzungen), Christina Grab, Barbara Jenni, Sybille Oetliker, Martin Tschirren, Roman Widmer  
Bildnachweis: Rolf Siegenthaler  
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch  
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch